

Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens

ANNA GORSKIH, GRIT HANNEFORTH, MICHAEL NATTKE

Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
im Juni 2016.

Die parlamentarische Praxis der AfD in den Kommunalparlamenten Sachsens

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	4
Methodisches Vorgehen	5
Arbeitsweise der AfD in den Kommunalparlamenten	6
Themen der AfD in den Kommunalparlamenten	8
Stabilität der AfD-Fraktionen	10
Umgang anderer Fraktionen mit der AfD in den Kommunalparlamenten	11
Politische Aktivitäten, Herkunft und Standpunkte der AfD-Kommunalpolitiker	12
Zusammenfassung der Ergebnisse	15
Schlussfolgerungen	17
I. Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie	17
II. Gesellschaftliche Geringschätzung von Menschenrechten und Diversity	20
III. Polarisierung und Tatsachenbehauptungen ohne Widerspruch durch etablierte Parteien	21
Autor_innen	22
Impressum	23

Einleitung

Im Frühsommer 2014 fanden im Bundesland Sachsen die Gemeinde- und Kreistagswahlen statt. Danach gefragt, was die Vertreter_innen der Alternative für Deutschland (AfD) in den sächsischen Kommunalparlamenten bewirken möchten, antwortete die Partei im Mai 2014 dem Mitteldeutschen Rundfunk (MDR):

„Wir wollen frischen Wind in die Verwaltungen bringen, denn die Kommunalparlamente sind inzwischen oft schon eingelaufene Räderwerke, denen es an neuen Inspirationen und Ideen fehlt.“¹

Zwei Jahre später ist es Zeit für ein erstes Resümee bezüglich der Arbeit der AfD in den sächsischen Kommunalparlamenten. Die Partei erreichte bei den Gemeinderatswahlen ein Gesamtergebnis von 2,5 % und errang 34 Sitze. Darüber hinaus schaffte sie es bei den Kreistagswahlen rund 5,7 % der Stimmen auf sich zu vereinen und besetzt fortan 58 Sitze in den sächsischen Kreistagen. Sie ist damit erstmals in dieser Stärke in den Kreisen und Kommunen des Bundeslandes vertreten.

Die kommunalen Themen stehen bei der AfD im Schatten ihrer Politik auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene. Dies ist zum einen am Stellenwert abzulesen, dem die kommunalen Themen in der Agenda des Landesvorstandes und der Veröffentlichungen der Partei einnehmen. Kommunale Themen kommen hier nur am Rande vor. Auch weisen die Verlautbarungen der Parteichefin Frauke Petry oder anderer hochrangiger AfD-Politiker_innen auf die zu vernachlässigende Rolle der Kommunalpolitik aus Sicht der Partei hin. Die Städte und Gemeinden kommen in ihren Reden, Anträgen und Initiativen lediglich im Kontext von Überlastung durch das Hauptthema der AfD – Flucht und Asyl – oder als die Betroffenen einer falschen Landes-, Bundes- oder EU-Politik vor. Eine eigene Themensetzung aus den Kommunen, Kreisen und Städten in Richtung Land oder Bund ist hingegen die absolute Ausnahme. Die Wichtigkeit von spezifisch kommunalen Themen und kommunaler Verankerung spielt bei der Selbstdarstellung der AfD in Sachsen eine sehr untergeordnete Rolle.

Der vorliegende Beitrag untersucht exemplarisch die parlamentarische Praxis der AfD in den sächsischen Kommunalparlamenten.

1 Online: <http://www.mdr.de/sachsen/politik/wahlen/kommunalwahlen/schwerpunkte-afd-sachsen-kommunalwahl100.html> (Gefunden am 01.03.2016).

Methodisches Vorgehen

Die Analyse der parlamentarischen Praxis der AfD in der Kommunalpolitik Sachsens wurde anhand der Auswertung ihrer Arbeit in Kreistagen und Stadträten untersucht.

Um die Arbeit der AfD in den sächsischen Kreistagen einschätzen zu können, wurden zwei dieser Parlamente detailliert analysiert. Dafür wurden alle Anfragen, Anträge, eigene Veröffentlichungen zu den Kreistagssitzungen sowie die personelle Besetzung und deren Rollen in der politischen Arbeit in der Region untersucht. Aus der Analyse wurden Synopsen erstellt. Ausgewählt wurde zum einen der Kreistag in Görlitz: Die AfD verfügt in diesem Landkreis über eine Fraktion mit sieben Sitzen, seit sie bei den Kreistagswahlen ein Ergebnis von 8,0 % der Stimmen erreicht hat. Insgesamt sitzen 92 Abgeordnete im Kreistag von Görlitz. Sie ist im Kreistag die viertstärkste Kraft nach der CDU, der Partei Die Linke und den Freien Wählern. Der zweite ausgewählte Kreistag ist der Kreistag Mittelsachsen. Die AfD hat dort mit 4,2 % der Stimmen vier von insgesamt 98 Sitzen gewonnen. Sie scheiterte damit knapp an der Bildung einer eigenen Fraktion und ist dadurch mit ihren Abgeordneten mit weniger parlamentarischen Rechten ausgestattet. Fraktionsstatus bildet im Kreistag Mittelsachsen die CDU, die Partei Die Linke, die SPD, die Freien Wähler und die FDP. Anhand der Synopsen und der Ergebnisse der Analyse aus den Kreistagen Mittelsachsen und Görlitz werden die online zugänglichen Informationen zu anderen Kreistagen in Sachsen bezüglich der parlamentarischen Arbeit der AfD mit den untersuchten Kreistagen verglichen, um im Falle grundsätzlicher Abweichungen diese Unterschiede zu erkennen. Anhand der Gemeinsamkeiten und Unterschiede werden Verallgemeinerungen zur parlamentarischen Praxis abgeleitet. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von der konstituierenden Sitzung des Kreistags nach den letzten Wahlen im Sommer 2014 bis zum 31.10.2015.

Nach der gleichen Vorgehensweise wurden zwei Stadträte, in einer sächsischen Großstadt und einer mittelgroßen Stadt untersucht, um anhand aller Anfragen, Anträge, Veröffentlichungen und Personen zu einer Einschätzung der parlamentarischen Praxis der AfD zu kommen. Ausgewählt wurde die Großstadt Dresden, wo die AfD bei den Kommunalwahlen im Mai 2014 7,0 % der Stimmen und damit fünf Sitze erhielt. Sie erreichte damit den Fraktionsstatus, ist fünftstärkste Partei hinter der CDU, der Partei Die Linke, Bündnis 90/Grüne und der SPD. Des Weiteren wurde Freital ausgewählt. Die Besonderheit hier ist, dass die AfD-Fraktion in Freital zur Hälfte aus ehemaligen CDU-Stadträten besteht, die bereits ein halbes Jahr vor der Kommunalwahl aus der CDU ausgetreten und zur AfD gewechselt sind, womit sie die erste AfD-Stadtratsfrakti-

on in Sachsen gegründet haben.² Bei den Kommunalwahlen 2014 erhielt die AfD dann 9,6% der Stimmen und damit den Fraktionsstatus mit drei von 35 Sitzen im Stadtrat. Sie ist in Freital fünftstärkste Partei nach der CDU, den Bürgern für Freital, der Partei Die Linke und der SPD.

Themen der AfD in den Kommunalparlamenten

Die Auswertung der Anfragen und Anträge soll verdeutlichen in welchen Themenbereichen die AfD-Fraktion besonders aktiv ist. Daraus werden im Folgenden ihre Schwerpunktthemen abgeleitet. Die Anfragen und Anträge werden jeweils nach Ausschüssen und nach Themengebieten sortiert. Mehrfachnennungen sind möglich.

Sortiert nach Ressorts beschäftigt sich die AfD in den ausgewählten Kommunalparlamenten hauptsächlich mit Anträgen und Anfragen aus dem Bereich Soziales. An zweiter Stelle stehen Themen aus dem Gebiet Ordnung & Sicherheit. Weitere wichtige Themenfelder für die AfD auf kommunaler Ebene befinden sich in den Bereichen Verwaltung- und Finanzen sowie Bau- und Entwicklung. Eine untergeordnete, aber trotzdem beachtenswerte Rolle spielen die Themenbereiche Bürgeranliegen/Petitionen und das Thema Bildung. In allen anderen kommunalpolitischen Anliegen fällt die AfD nicht nennenswert auf und stellt nur vereinzelte, in der Quantität zu vernachlässigende Anfragen und Anträge. Den mit Abstand größten Einfluss auf das gesamte Erscheinungsbild hat die AfD im Dresdner Stadtrat. Hier stellt die AfD die mit Abstand meisten Anfragen und Anträge bzgl. der ausgewählten Parlamente.

Im Bereich Soziales beschäftigt sich die AfD zu über zwei Drittel aller Anfragen und Anträge mit dem Thema Asyl und Zuwanderung. Besonders stark ist dieses Thema bei den AfD-Fraktionen im Dresdner und Freitaler Stadtrat. Es geht um die Aufschlüsselung der Asylantragssteller_innen in Dresden nach Herkunft, Religion, Geschlecht, Bildungsstand sowie die Zahl abgelehnter Anträge, die Anzahl und die Delikte der straffällig gewordenen Asylsuchenden, die Einrichtung von Unterkünften und die damit verbundenen Kosten. Andere Themen im Sozialbereich sind eher unterrepräsentiert und drehen sich hauptsächlich um den Bereich Kita und Hort. Das Thema Ordnung & Sicherheit ist ebenfalls durch Anfragen im Themenbereich Asyl dominiert. Neben diesem Thema gibt es auch Debatten um Demonstrationsgeschehen in den einzelnen Regionen, die mit parlamentarischen Initiativen der AfD untersetzt werden. Im Bereich Bau & Entwicklung geht

2 Online: <http://www.sz-online.de/sachsen/sachsens-afd-hat-in-freital-die-erste-eigene-stadtratsfraktion-2750574.html> (Gefunden am 01.03.2016)

es der AfD um Nachfragen im Bereich des Straßen- und Wegebbaus. Außerdem sind hier die Themen Denkmalschutz und Sanierungen von öffentlichen Gebäuden für die AfD von Interesse. Auch in diesem Ressort wird, wenn auch mit weitaus weniger quantitativer Relevanz, das Thema Asyl eingebracht, wenn die AfD z.B. nach alternativen Standorten zur Schaffung zusätzlicher Unterbringungskapazitäten für Asylsuchende fragt. Im Landkreis Görlitz ist die AfD insbesondere an der Entwicklung des Wachstums im Mittelstand und der konzeptionellen Bearbeitung des Fachkräftemangels interessiert. Im Bereich Verwaltung- und Finanzen ist die AfD insbesondere im Freitaler Stadtrat sehr aktiv. Ihr Schwerpunkt findet sich dort in Änderungsanträgen zum Haushaltsplan, in welchem sie andere Schwerpunkte, z.B. im Ausbau von Straßen und Plätzen als der Rat setzen möchte. In Haushalts- und Finanzfragen folgen im Freitaler Stadtrat akribische und kritische Nachfragen durch die AfD-Fraktion, die in diesem Rat grundsätzlich für eine absolute Transparenz und die Offenlegung aller Finanzvorgänge kämpfen. In Dresden stellt sie Fragen zur Höhe der Kosten für unterschiedliche Maßnahmen und städtische Förderungen. Im Landkreis Görlitz setzt sich die AfD in diesem Bereich u.a. für die Förderung besonders begabter Kinder sowie die Erhöhung der Jugendpauschalen ein.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass das Thema Asyl und Zuwanderung die thematische Palette der AfD in den untersuchten sächsischen Kommunalparlamenten dominiert. Ausschlaggebend für diese Dominanz ist der Stadtrat Dresden, in welchem ein sehr großes Ungleichgewicht zwischen diesem Themenbereich und anderen Topois deutlich wird. Der Kreisverband Dresden der AfD hat zudem auf seiner Homepage das Thema besonders herausgestellt. Auch im Kreistag Mittelsachsen ist das Thema Asyl für die AfD das Hauptthema. In den anderen untersuchten Räten dominieren die Themen Flucht und Zuwanderung zwar nicht so klar, sind aber trotzdem für die AfD von besonderer Bedeutung. Im Stadtrat Freital und im Kreistag Görlitz ist es im Untersuchungszeitraum jeweils eines ihrer wichtigsten Themen. Mit welcher Konnotation das Thema durch die AfD diskutiert wird, geht u.a. aus einem Grundsatzpapier der AfD-Fraktion im Dresdner Stadtrat vom 10.10.2015 hervor.³ In diesem Papier werden geflüchtete Menschen ausnahmslos als „Asylforderer“, „Sozialmigranten“ oder „so genannte Flüchtlinge“ titulierte. Es ist von der Zweckentfremdung kommunaler Gebäude die Rede, wenn Unterkunftsmöglichkeiten für Geflüchtete geschaffen werden. Es wird ausgeführt, dass „der allergrößte Teil allerdings kulturfremde junge Männer muslimischen Glaubens oder vom Balkan sind, welche die Vorteile des deutschen Sozialstaates auch einmal persönlich kennenlernen wollen“. Die Aufgabenstellung einer durch sie so bezeichneten „wirksamen Integration“ sieht die AfD lediglich für anerkannte Asylbewerber_innen und diejenigen, die einen Aufenthalt nach der Genfer

3 Vgl. u.a. Online: <http://www.afd-fraktion-dresden.de/asyl.html> (Gefunden am 01.03.2016)

Flüchtlingskonvention erhalten. Allerdings schränkt sie auch für diese Gruppe ein, dass die Voraussetzung für eine Integration, „die bedingungslose Anerkennung des Grundgesetzes und der in unserer Gesellschaft geltenden Regeln“ seien. Zudem weist die AfD in ihrem Grundsatzpapier darauf hin, dass sich „die von Asylbewerbern begangenen Straftaten im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdreifacht“ haben, ohne den Zusammenhang zur Zahl der Asylsuchenden insgesamt herzustellen. Anders als die AfD es in ihrem Grundsatzpapier darstellt und Stimmung macht, ist die Kriminalität, wenn man sie ins Verhältnis der Zahlen von Asylsuchenden setzt, nicht angestiegen. Die AfD kann anhand dieser und anderer Ausführungen damit auch auf der kommunalen Ebene problemlos als eine asylfeindliche Partei mit einer radikalen chauvinistischen Ausrichtung bezeichnet werden. In ihrem Vokabular unterscheidet sich die AfD zur Thematik Asyl auf der kommunalen Ebene nur in leichten Nuancen von den rassistischen Tönen neonazistischer Parteien, wie z.B. der NPD.

Arbeitsweise der AfD in den Kommunalparlamenten

Die wichtigste Aufgabe einer parlamentarischen Opposition in der Demokratie ist die Kontrolle von Regierung und Verwaltung. Dies gilt auch in kommunalen Kontexten, wenn auch in abgeschwächter Form. Die parlamentarischen Mittel einer Oppositionsfraktion im Landkreistag und im Stadtrat sind Anfragen, Anträge, Debattenbeiträge und die dazugehörige Öffentlichkeitsarbeit. Darüber hinaus ist eine Mitarbeit in Ausschüssen, kommunalen Beiräten und Aufsichtsräten möglich.

Die AfD arbeitet in den untersuchten Parlamenten mit den entsprechenden parlamentarischen Mitteln der Opposition. Sie stellt Anfragen, bringt Anträge ein, nimmt an den Ausschusssitzungen aktiv teil und kritisiert die Mehrheitsfraktionen durch ihre eigene Öffentlichkeitsarbeit. Sie holt dadurch Informationen ein, kontrolliert die Verwaltung und die Entscheidungen der Mehrheitsfraktionen und versucht Schwachstellen heraus zu finden, um ihre politischen Gegner zu diskreditieren und sich selbst in Szene zu setzen. Die AfD unterscheidet sich in ihrer Arbeitsweise und den angewendeten parlamentarischen Mitteln nicht von anderen Oppositionsfraktionen in den jeweiligen Parlamenten.

In den Kreistagen in Görlitz und Mittelsachsen verhält sich die AfD in den Kreistags- bzw. Stadtratssitzungen überwiegend zurückhaltend und unauffällig. Die Abgeordneten agieren bedacht und vermeiden im Untersuchungszeitraum die direkte Konfrontation im Plenum. Es wird beschrieben, dass sie allmählich in ihre Aufgaben „hinein wachsen“ und sich anfangs relativ unerfahren zeigten. Im Kreistag Mittel-

sachsen ist die CDU deutlich als Hauptgegner der AfD zu erkennen. Mit Ausnahme des Themas Asyl stimmt die AfD in diesem Kreistag überwiegend gemeinsam mit der Partei Die Linke, der SPD und den Grünen, aber stets gegen die CDU ab. Beim Thema Asyl wird in der Regel gemeinsam mit der NPD abgestimmt. Im Landkreistag Görlitz wird zudem eine konstruktive Mitarbeit der AfD in den Fachausschüssen beschrieben.

Anders agieren die AfD-Fraktionen in den Stadträten Dresden und Freital. Das kommunalpolitische Agieren der AfD in Freital ist überwiegend darauf ausgerichtet der Stadtverwaltung und dem Oberbürgermeister Fehler, Misswirtschaft und Steuermittelverschwendung nachzuweisen. Dies geschieht in der Regel in einer nicht von Respekt geprägten Diskussionskultur. Ihre Beiträge im Untersuchungszeitraum sind geprägt von Angriff, massiver Kritik und Unterstellungen, insbesondere gegenüber dem Oberbürgermeister. Beschrieben wird die AfD-Fraktion in Freital in ihrer Kommunikation als belehrend und teilweise überheblich. Besonders aktiv sind sie im Verwaltungs- und Finanzausschuss. Konstruktive Lösungsvorschläge außerhalb dieses Ausschusses von der AfD-Fraktion im Freitaler Stadtrat sind hingegen eine Seltenheit. Im Dresdner Stadtrat werden die Beiträge der AfD als wenig konstruktiv und wenig kompromissbereit, hingegen überwiegend selbstgefällig und rechthaberisch beschrieben. Ihre Reden sind ideologisch sehr stark aufgeladen und sollen das Bild vermitteln, dass sie „das Volk“ gegen „die Altparteien“ bürgernah vertreten. Das Feindbild der Dresdner AfD-Fraktion ist die rot-rot-grüne Stadtratsmehrheit. Eigene Themen werden selten eingebracht, hingegen relativ oft Änderungsanträge gestellt oder gegen die Anträge der anderen Fraktionen abgestimmt. Das Abstimmungsverhalten in Dresden ist meistens sehr dicht bei dem der FDP- und CDU-Fraktionen.

Die AfD hat im Dresdner Stadtrat das parlamentarische Mittel der Aktuellen Stunde zeitweise wiederbelebt. Jeder Fraktion steht es frei zur Sitzung des Stadtrates diese Aktuellen Debatten zu beantragen. In Dresden wurde davon in der Vergangenheit sehr wenig Gebrauch gemacht. Vor den Oberbürgermeisterwahlen nutzte die AfD die selbst beantragten Aktuellen Debatten zur Selbstpräsentation und um eigene Themen öffentlichkeitswirksam zu setzen und diese zuzuspitzen. Da durch die Beantragung von Aktuellen Debatten mehrerer Fraktionen Zeit verloren geht und die Fragestunde der Stadträte automatisch wegfiel, wurde die Geschäftsordnung geändert. Zukünftig rotieren die Antragsteller_innen der Aktuellen Debatten und es können je Sitzung maximal zwei Debatten von je 30 min beantragt werden. Die Fragestunde findet bei Beantragung einer Aktuellen Debatte zukünftig trotzdem statt, aber wird auf 30 min Länge verkürzt. Das Agieren der AfD im Dresdner Stadtrat hat damit u.a. auch zu einer Aktualisierung und Überarbeitung eines demokratischen Instruments in diesem Parlament geführt.

Das Abstimmungsverhalten der AfD ist in allen untersuchten Räten im Untersuchungszeitraum stets einstimmig. Es gibt keine Abweichler, die Fraktionen bzw. die Gruppe der AfD agiert stets geschlossen. Die Anzahl der Anfragen und Anträge durch die AfD in allen untersuchten Kommunalparlamenten ist im Vergleich zur Anzahl der Anfragen und Anträge anderer Oppositionsfraktionen und Abgeordneter anderer Parteien eher mittelmäßig bis niedrig.

Stabilität der AfD-Fraktionen

Eine weitere wichtige Beobachtung ist, dass noch keine der in die Analyse einbezogenen AfD-Fraktionen im Untersuchungszeitraum zerfallen ist. In der Vergangenheit konnte man sehr oft beobachten, dass neonazistische oder neue rechtspopulistische Fraktionen nach dem Einzug in einzelne Parlamente innerhalb kurzer Zeit anhand des politischen Tagesgeschäfts scheiterten und sich die Mitglieder anderen Parteien oder Zusammenschlüssen anschlossen. Bei der AfD ist, mit Ausnahme des Dresdner Stadtrates, derzeit eine gewisse Stabilität zu beobachten.

In Dresden ist der Rechtsanwalt und Stadtratsabgeordnete Detlev Cornelius im Sommer 2015 aus der AfD-Fraktion und der Partei ausgetreten. Als Grund gab er Unzufriedenheit mit dem neuen Kurs der Partei unter der Bundesvorsitzenden Frauke Petry an. Die weitere Entwicklung der Partei sei ein „Experiment mit ungewissem Ausgang und möglichen nachteiligen Auswirkungen.“⁴ Nach dem Austritt von Cornelius schrumpfte die AfD-Fraktion auf vier Mandate, da dieser als parteiloser Abgeordneter im Stadtrat verbleibt. Der Verlust eines weiteren Abgeordneten würde ihren Fraktionsstatus aufheben. Bereits im Januar 2015 hatte der damalige Dresdner AfD-Fraktionsvorsitzende Bernd Lommel sein Mandat niedergelegt. Lommel hatte kurzfristig eine neue Tätigkeit in verantwortlicher Position auf der Vorstandsebene eines in Hannover ansässigen Unternehmens angenommen und seinen Lebensmittelpunkt aus Dresden verlegt. Für ihn ist Harald Gilke in die Fraktion nachgerückt.

4 Vgl. u.a. Online: <http://www.menschen-in-dresden.de/2015/stadtrat-detlev-cornelius-tritt-aus-afd-und-afd-stadtratsfraktion-aus/> (Gefunden am 01.03.2016)

Umgang anderer Fraktionen mit der AfD in den Kommunalparlamenten

In der Kommune findet die fraktionsübergreifende Zusammenarbeit an Themen oft weniger parteigebunden statt, als z.B. in Landtagen oder im Bundestag. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehen oft Sachthemen, die die parteipolitische Zugehörigkeit in den Hintergrund rücken. Anders ist dies im Falle der Anwesenheit neonazistischer Parteien in den Kommunalparlamenten. In der Regel werden extrem rechte Parteien oder Zusammenschlüsse ausgeschlossen, um diese daran zu hindern sich mit Hilfe unverfänglicher kommunalpolitischer Themensetzungen zu profilieren, um an anderer Stelle ihre antidemokratische und/oder rassistische Ideologie zu verbreiten. Der Umgang mit der AfD ist hingegen schwieriger, weil sie sich nicht ohne weiteres als neonazistisch oder rechtsextrem klassifizieren lassen.

Im Landkreis Mittelsachsen hat die AfD die Angebote der NPD ausgeschlagen eine gemeinsame Koalition zu bilden, um dann den gemeinsamen Status einer Fraktion zu erreichen und mehr parlamentarische Instrumentarien sowie finanzielle Mittel zur Verfügung zu haben. Bei Abstimmungen zum Thema Asyl ist zwar auch in diesem Kommunalparlament ein gemeinsames Abstimmungsverhalten mit der NPD zu beobachten, aber es findet immer wieder eine inhaltliche Distanzierung von der NPD statt. Auch in Dresden ist zu beobachten, dass man trotz punktueller Gemeinsamkeiten in der rassistischen Positionierung zum Thema Asyl eine Zusammenarbeit mit den Neonazis vermeidet. Eine Ausnahme lässt sich für Freital beschreiben: Hier ist keine Abgrenzung zwischen dem NPD-Stadtrat und der AfD erkennbar. AfD-Stadtrat Norbert Mayer unterhält sich innerhalb und am Rande der Stadtratssitzungen angeregt mit NPD-Stadtchef Dirk Abraham. Auch bei den asylfeindlichen Protesten im Ort in der Vergangenheit waren beide anwesend und pflegen scheinbar einen freundschaftlichen Umgang miteinander.

Im Landkreistag Mittelsachsen und im Stadtrat Freital ist die CDU-Fraktion der politischen Hauptgegner aus Sicht der AfD-Fraktionen. In beiden Parlamenten stimmte die AfD im Untersuchungszeitraum in der Regel konsequent gegen alle Anträge der CDU. Mit Ausnahme des Themenbereichs Asyl findet in Mittelsachsen oft eine gemeinsame Stimmabgabe mit den Parteien SPD, Die Linke und Bündnis 90/Grüne als gemeinsame Opposition gegen die CDU statt. Im Stadtrat Freital gibt es punktuelle Stimmenkoalitionen und begrenzte themenbezogene Zusammenarbeit mit den Bürgern für Freital (BFF) sowie SPD/Bündnis 90/Grüne und in bestimmten Sachthemen auch mit der Partei Die Linke. Vereinzelt war eine sachbezogene Zusammenarbeit mit der CDU-Fraktion möglich, wenn diese unabhängig vom Oberbürgermeister erfolgte, der Angriffsfläche für die AfD bot. So war der ausgeschiedene Freitaler Oberbürgermeister Klaus Mättig (CDU)

massiver Kritik, Anfeindungen, Unterstellungen und juristischer Verfahren seitens der AfD-Fraktion ausgesetzt.

Im Dresdner Stadtrat ist das Feindbild der AfD hingegen weniger die CDU sondern vielmehr die rot-rot-grüne Koalition. Die Reden der AfD sind stark ideologisch aufgeladen, wodurch sie zu einer schlechten Diskussionskultur beitragen. Thematisch finden sie sich im Dresdner Stadtrat an der Seite des rechten Flügels der CDU und der FDP wieder. Es bestehen Gesprächskontakte zu beiden Parteien. Trotzdem gab es im Untersuchungszeitraum keine gemeinsamen Anträge mit anderen Fraktionen oder sichtbare Absprachen im Vorfeld. Ähnlich lässt sich die Zusammenarbeit im Landkreistag Görlitz beschreiben, in welchem die AfD eine politische Nähe zu CDU und FDP vorweist, es aber bisher kein abgestimmtes Verhalten oder offizielle Zusammenarbeit mit den entsprechenden Fraktionen gab.

Politische Aktivitäten, Herkunft und Standpunkte der AfD-Kommunalpolitiker

Im Kreistag Görlitz besteht die AfD-Fraktion aus zwei Unternehmer_innen, einer promovierten Pharmazeutin, einem Diplom-Ingenieur, einem Polizeikommissar, einem Angestellten und einem Handwerker. Zwei von ihnen sind neben ihrem Kreistagsmandat auch als Abgeordnete in den Sächsischen Landtag gewählt worden. Ein AfD-Kreistagsabgeordneter war vorher SPD-Mitglied, einer Mitglied der FDP und einer gibt an, in den 1990er Jahren bei der PDS aktiv gewesen zu sein. Die anderen können keine parteipolitischen Erfahrungen vorweisen. Im Vergleich zu anderen AfD-Fraktionen können die Mandatsträger_innen der Görlitzer Kreistagsfraktion als politisch gemäßigt bezeichnet werden. Kategorien wie Patriotismus und Heimat werden entsprechend der politischen Selbstverortung der AfD zwar als wichtige Werte hochgehalten, es findet aber keine aggressive rassistische Ausrichtung statt. In der Selbstbeschreibung der AfD-Kreisräte positionieren diese sich selbst in der politischen Mitte. Eine besondere Feindschaft ist bei einzelnen AfD-Kreisräten gegenüber der EU und ihrer Einflüsse zu beobachten. Kreisrat Frank Grossmann liest u.a. regelmäßig *Sputniknews*, ein Nachrichtenportal des staatlichen russischen Medienunternehmens *Rossija Sewodnja*, dass zentral vom Kreml gesteuert wird und sich homophob positioniert. Darüber hinaus ist er in sozialen Netzwerken wie Facebook Mitglied der rechten Gruppe *Heimattreue* und der neu-rechten Gruppe *Wir lesen: Deutschland von Sinnen*. Polizeikommissar und AfD-Kreisrat Sebastian Wippel schürt auf seiner eigenen Internetplattform Ängste vor der Beschlagnahme von Wohnungen für Asylsuchende oder warnt vor sexuellen Beläs-

tigungen oder Vergewaltigungen durch Asylsuchende. AfD-Kreisrat Andreas Wiesner liest u.a. die Zeitung *Junge Freiheit*, die eine Scharnierfunktion zwischen neu-rechten Positionen und Konservatismus herstellt und die verschwörungstheoretische, rechte Internetplattform *Netzplanet*.

Ebenso wie die Kreistagsfraktion der AfD in Görlitz, können auch die Kreisräte der AfD in Mittelsachsen überwiegend dem gemäßigten Flügel der Partei zugeordnet werden. Sie setzen sich zusammen aus einer Diplom-Ingenieurin, einem Professor, einer Handwerksmeisterin und ihrem Ehemann, der Handwerker ist. Die Maler- und Lackiermeisterin Romy Penz ist neben ihrer Kreistagszugehörigkeit auch Stadträtin in Flöha und erreichte bei den dortigen Oberbürgermeisterwahlen 2015 mehr als 20 Prozent der Stimmen. Andrea Kersten, die neben ihrem Kreistagsmandat auch über ein Landtagsmandat verfügt, positionierte sich in der Vergangenheit für die nationalchauvinistische Demonstrationsbewegung PEGIDA in Dresden. Antidemokratische, verschwörungstheoretische oder extrem rechte Positionen waren im Untersuchungszeitraum den AfD-Kreistagsabgeordneten in Mittelsachsen nicht zuzurechnen.

Anders hingegen als in den beiden Kreistagen stellt sich das Bild dar, wenn die Stadträte in Dresden und Freital in die Betrachtung einbezogen werden. Die Dresdner Stadträte setzen sich derzeit aus einem Finanz- und Investmentmakler, einem Lehrer für die Fächer Geschichte und Gemeinschaftskunde, der derzeit laut eigenen Angaben als wissenschaftlicher Mitarbeiter arbeitet, einem Ingenieur und einem Angestellten zusammen. Ex-Fraktionschef Lommel war Leser der *Jungen Freiheit*, des neu-rechten Magazins *Blaue Narzisse*, des rechtspopulistischen Querfrontmagazins *Compact* und Facebook-Mitglied der rechten Gemeinschaft *Heimat und Kultur*. Der neue Fraktionschef Stefan Vogel ist ehrenamtlich im *Arbeiter-Samariter-Bund* und der *Sächsischen Hauptbibelgesellschaft* engagiert. Vor seinem Eintritt in die AfD war er bei den *Freien Bürgern e.V.* in Dresden aktiv. Er äußerte sich wiederholt Pro-PEGIDA und benutzt rassistische Zuschreibungen, wenn er z.B. öffentlich mit Verweis auf einen Artikel der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) behauptet, dass die Unterkünfte für Asylsuchende zu „Stützpunkten organisierter Räuberbanden“⁵ werden. Ebenso dem rechten Flügel der AfD ist Stadtrat Gordon Engler zuzurechnen, der Sprecher des *Dachverbandes Deutsche Burschenschaften* (DB) und aktiv bei der Aachener bzw. Dresdner Burschenschaft *Cheruscia* ist. Der *Dachverband Deutsche Burschenschaft* gilt als Sammelbecken für nationalchauvinistische Burschenschaften, aus deren Kreisen wiederholt wichtige Kader extrem rechter Parteien und Vereinigungen hervor gegangen

5 In seinem Kurzprogramm zur Oberbürgermeisterwahl 2015 schreibt er: „Die Heime werden zu Stützpunkten organisierter Räuberbanden. Das sage nicht ich, sondern die Fachleute (FAZ v. 19.04.2015/Aufklärung unwahrscheinlich).“

sind. Jörg Urban, dessen politischer Werdegang hauptsächlich durch seine Aktivitäten als Geschäftsführer der *Grünen Liga Sachsen e. V.* geprägt ist, fungiert neben seinem Stadtratsmandat auch als Landtagsabgeordneter. Er ist u.a. Mitglied der Facebook-Gruppe *Grenzkontrollen jetzt*, in der auch Inhalte von extrem rechten Medien geteilt werden.

In Freital setzt sich die AfD-Fraktion aus Unternehmer_innen und einem ehemaligen Polizisten zusammen. Der Ex-CDU-Mann Norbert Mayer fungiert als Hauptakteur und äußerte sich in der Vergangenheit mehrfach rassistisch, wenn er z.B. behauptet, dass diejenigen, die nach Deutschland kommen auf Grund „ihrer Kultur“ Konflikte anders austragen und ihnen zuschreibt: „Bei denen ist auch manchmal ein Messer dabei.“⁶ Seiner Meinung nach sollen Menschen in ihrem jeweiligen „Kulturkreis bleiben“ und diesen nach Möglichkeit nicht verlassen.⁷ In seinem Facebook-Auftritt ist er Fan sämtlicher PEGIDA-Gruppen und ihrer regionalen Ableger. Er ist den Facebook-Gruppen von *Widerstand Bautzen* und der *Bürgerinitiative Freital* beigetreten, die sich asylfeindlich und rassistisch positionieren. Er liest die *Junge Freiheit*, die neu-rechte *Blaue Narzisse* und die vom Kreml-gelenkten *Sputnik-News*. Darüber hinaus war er in der Vergangenheit auf PEGIDA-Demonstrationen und anderen asylfeindlichen Aufmärschen gesichtet worden. Stadträtin Ute-Maria Frost liest ebenfalls die *Junge Freiheit* sowie *Einwanderungskritik.de*, eine Internetseite des *Blaue-Narzisse*-Gründers Felix Menzel. Außerdem liest sie *CitizenGO*, ein ultra-konservatives Magazin, dass sich homophob und gegen Abtreibungen positioniert.

6 Interview mit der Sächsischen Zeitung Freital vom 10.09.2015.

7 Ebd.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Analyse der parlamentarischen Praxis der AfD in den sächsischen Kommunalparlamenten und Kreistagen ergibt ein vielschichtiges Bild, das sich aus regionalen Schwerpunkten und diversen politischen Haltungen ihrer Mitglieder einerseits und einem thematischen und methodischen breiten Agieren der AfD-Fraktionen andererseits speist.

In Dresden und Freital findet man AfD-Fraktionen die sich über die Verlautbarungen und Funktionen ihrer Mitglieder klar rechts positionieren. Auf Grundlage der zusammengetragenen Erkenntnisse wird deutlich, dass in den Fraktionen der beiden Räte eine große inhaltliche Nähe zur nationalchauvinistischen Dresdner Demonstrationsbewegung PEGIDA besteht und sich asylfeindlich geäußert wird. Interessant ist, dass die AfD dort, wo sie sich rechts positioniert in ihrer Arbeitsweise im Kommunalparlament überwiegend destruktiv und selbstgefällig auftritt. In den Sitzungen und Ausschüssen findet im Untersuchungszeitraum auf Grundlage der Befragung für diese Analyse wenig konstruktive Mitarbeit und von Seiten der AfD-Mitglieder keine Lösungsorientierung im Sinne des Gemeinwesens statt. Stattdessen wird die Ratsmehrheit (in Dresden die rot-rot-grüne Mehrheit; in Freital vor allem der CDU-Oberbürgermeister) als Hauptgegner identifiziert und politisch angegriffen. Aus beiden Räten wird beschrieben, dass die AfD dadurch die Diskussionskultur deutlich verschlechtert. Eine langfristige Strategie der AfD in den beiden Räten ist aus den Untersuchungsergebnissen nicht abzulesen.

In den Kreistagen in Görlitz und Mittelsachsen bestehen die Fraktionen, bzw. die Kreisräte überwiegend aus Mitgliedern des gemäßigten Flügels der AfD. Sie sind in der Vergangenheit nicht durch rassistische Positionierungen aufgefallen und lassen sich eher dem rechts-konservativen Lager zuordnen. In beiden Parlamenten agieren die Kreisräte überwiegend unauffällig und zurückhaltend. Im Landkreis Görlitz wird auch konstruktive Mitarbeit in einzelnen Fachausschüssen deutlich. Während dort eine thematische Nähe zur CDU und FDP erkennbar wird, ist die CDU im Landkreistag Mittelsachsen der Hauptgegner der AfD. In beiden Räten kann man davon sprechen, dass die AfD eine Profilierungsstrategie verfolgt.

Das inhaltliche Hauptthema der AfD in allen Kommunalparlamenten ist Asyl und Zuwanderung. Besonders stark wurde dieses Thema im Untersuchungszeitraum von der AfD-Fraktion in Dresden getragen und aufgeladen. Es ist davon auszugehen, dass die AfD durch die Zuspitzungen und Zuschreibungen in diesem Themenbereich und die damit einhergehende Polarisierung und rassistische Aufladung der Debatte mit zu einem Klima beiträgt, dass Anfeindungen gegenüber Asylsuchenden und Gewalthandlungen begünstigt.

Die Analyse zeigt auch, dass die parlamentarische Arbeit der AfD auf Kommunal- und Kreistageebene im Wesentlichen der einer Einthemenpartei entspricht. Auch wenn die AfD auf Bundesebene dieses vehement bestreitet und in ihrem neu beschlossenen Parteiprogramm Positionen zu verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen verabschiedet hat, muss sie dies erst in die parlamentarische Arbeit auf den verschiedenen föderalen Ebenen umsetzen. Das ist derzeit nicht der Fall.

Die AfD versucht das Thema Umgang mit Asyl und Migration auf Kommunal- und Kreistageebene auch der NPD streitig zu machen und es in die eigene parlamentarische Arbeit in Gestalt einer neuen Seriosität, die von der NPD zwar intensiv proklamiert, aber nie erreicht wurde, zu integrieren. Das reicht von Populistischen aufladen der Themen bis hin zum Mitstimmen mit der NPD. Diese Parlamentarische Suchbewegung verweist auf Schwierigkeiten der Selbstverortung im politischen Spektrum.

Die Strategie der kommunalpolitischen Arbeit der AfD ist vereinzelt dadurch gekennzeichnet, komplexen kommunalpolitischen Themen mit populistisch aufgeladene Schimären zu beantworten, statt tagespolitisch nutzbarer Lösungen zu entwickeln. Das Bestreben kommunalpolitische Probleme lösungsorientierten zu bearbeiten ist nicht immer erkennbar.

Schlussfolgerungen

Die derzeitigen Wahlerfolge der AfD speisen sich nicht aus ihrer parteipolitischen Lösungskompetenz, sondern aus den derzeitigen gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen, die einen Aufstieg der AfD begünstigen. Dass diese in eine gesamteuropäische Entwicklung eingeordnet werden müssen, steht außer Frage, kann aber in diesem Beitrag nicht berücksichtigt werden.

Die Rahmenbedingungen für auch weiterhin zu erwartenden hohen Zustimmungswerte zur AfD sind aus unserer Sicht folgende:

I. Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie

Wir haben derzeit eine ernsthafte Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie. Diese zeigt sich unterschiedlich. Für die hier vorliegende Analyse der kommunalpolitischen Arbeit zeigt diese Krise sich vor allem durch Erosionen der etablierten demokratischen Parteien. Das wird deutlich in der stetig abnehmenden Vertretung demokratischer Parteien in den Kommunalparlamenten. Durch Kandidaten_innenmangel und den Rückgang der Mitarbeit gelingt es den demokratischen Parteien in der Fläche nicht immer für alle Gemeindeparlamente zu kandidieren und somit vor Ort in den Gemeinden ihren politischen Gestaltungsanspruch anzumelden.

Andererseits wird auch eine Stärke der parlamentarischen Demokratie sichtbar: zunehmend, vor allem in den ländlichen Räumen und kleineren Gemeinden, entstehen Wählervereinigungen und Initiativen, die sich für kommunalpolitische Themen engagieren, kandidieren und große Teile des Gemeinderates stellen.

Trotz dieser Vielfalt in den Interessenvertretungen fühlen sich derzeit viele Menschen mit ihren Haltungen und Positionen nicht mehr vertreten und gehört. Sie verstehen die Abgabe ihrer Stimme zur Kreistags- und Kommunalwahl nicht mehr als inhaltliche Richtungsentscheidung in einer repräsentativen Demokratie, sondern zunehmend als Ausdruck von Protest gegen die etablierten Kandidat_innen in Parteien und Wählervereinigungen. Diese Protesthaltung macht die inhaltliche Auseinandersetzung mit den Zielen, Inhalten und dem tatsächlichen Agieren der AfD in den Parlamenten für sie obsolet und die AfD damit zu einer unbesehen wählbaren Alternative.

Was tun?

Der Legitimationskrise der repräsentativen Demokratie muss auf allen Ebenen mit Ernsthaftigkeit begegnet werden, wenn man die Rahmenbedingungen für die Wahlerfolge der AfD nachhaltig verändern will. Dazu müssen die demokratischen Parteien der Bundesrepublik politischen Austausch und Kommunikation mit den Bürger_innen auf den Prüfstand stellen, analysieren und grundlegend ändern. Dies fordert u.a. deutlich bessere Übersetzungsleistungen für hochkomplexe politische Themen, neue Methoden der Kommunikation zwischen Bürger_innen und Politik und echte Partizipation und Mitbestimmung von Bürger_innen bei politischen Richtungsentscheidungen im mittelbaren und unmittelbaren Lebensumfeld.

Wie die Analyse zeigt, ist die AfD derzeit auf Kommunal- und Kreisebene sowohl von der Themenbreite, als auch von deren Einfluss auf die kommunalpolitische Arbeit eher schlecht aufgestellt.

Gerade Kommunalpolitik hat die Chancen die Möglichkeiten der partizipative Demokratie zu nutzen und damit wirksam werden zu lassen, da sie sich auf das unmittelbare Lebensumfeld der Bürger_innen bezieht. Dass dort Interesse besteht und sich Engagement schnell entfalten kann, haben die einerseits asylfeindlichen Mobilisierungen und andererseits die Diskussionen zu Asyl als Menschenrecht und die Unterstützungsangebote zur Unterbringung von Asylsuchenden gezeigt.

Bisher sind auf kommunaler Ebene die Möglichkeiten der Kommunikationsinstrumente zwischen Politik, Verwaltung und Bürgerschaft wenig engagiert genutzt worden. Eine Einladung zu einer Bürger_innenversammlung, die sich mit kommunalpolitischen Themen, wie z.B. dem Bau einer Kläranlage, einer Umgehungsstraße, eines Spielplatzes, oder der Unterbringung von Asylsuchenden beschäftigt, also thematisch konkret ist und die Bürger_innen direkt und persönlich anspricht, kann zu einem gelingenden Austausch führen. Diejenigen Bürger_innen (z.B. direkte Anwohner_innen oder Vereine, die sich mit spezifischen Themen beschäftigen), die von den Maßnahmen betroffen sind, sollten personalisiert eingeladen und angesprochen werden. Lädt dagegen der/die Bürgermeister_in zur Einwohner_innenversammlung zur Änderung des Flächennutzungsplanes nur über das Amtsblatt ein, werden sich vermutlich nicht viele angesprochen fühlen und noch weniger teilnehmen. Wenn also Politiker_innen zu kommunalen oder regionalen Themen das Gespräch mit den Bürger_innen suchen, machen sie damit deutlich, dass auch eine repräsentative Demokratie umfangreiche Beteiligungsmöglichkeiten bietet auf denen mit den Bürger_innen Lösungen erarbeitet werden können. Bürger_innen können in solchen Prozessen Rollen gegeben werden, die die Entscheidungen beeinflussen. Die Politik und Verwaltung muss dafür offen sein, die eigenen Vorstellungen nur als eine Option im

demokratischen Gestaltungsprozess zu sehen und die Wünsche der Menschen ernsthaft einfließen zu lassen. Wenn diese Beteiligung erprobt ist, dann werden emotionale Eskalationen – wie zur Unterbringung von Asylbewerber_innen – vermieden oder finden schneller konstruktive Lösungen, da eine belastbare Kommunikation zwischen Kommunalpolitik und Bürgerschaft besteht. Mit dieser inhaltlichen Arbeit auf Kommunal- und Kreistageebene wird schnell deutlich, dass die Alternative zum empfundenen Abgehängt sein, nicht die AfD ist, sondern, dass die strukturierte, verstetigte und einübte Bürger_innenbeteiligung die echte Alternative ist. Diese partizipative Leerstelle ist die Chance für politischen Parteien und Wählerbündnissen durch das Ringen um die besten Lösungen für kommunalpolitische Themen Wähler_innen zurück zu gewinnen.

Die vorliegende Analyse der Arbeit der AfD auf Kommunal- und Kreistageebene verweist genau auf diese Leerstelle in der Kommunal- und Kreistagspolitik, die sich die AfD derzeit zu Nutze machen kann, in dem sie die Unzufriedenen sammelt und sich als Alternative zur bisher gängigen Politik inszeniert. Da Fundamentalopposition noch keine lösungsorientierte Sachpolitik ist, trägt die AfD-Politik auf kommunaler Ebene zwar zur Sammlung des Unmuts bei, zeigt aber in ihrer derzeitigen Rolle keine Lösungskompetenz.

Soll all dieses gelingen, gehört dazu nicht nur Mut, Zeit und der politische Wille zur Auseinandersetzung mit streitbaren Themen und mit den Bürger_innen, sondern auch die Untersetzung mit Ressourcen auf kommunaler Ebene. Ein weiterer Grund für die Defizite in der Kommunikation und Partizipation in den Kommunen ist auch, dass Kommunalpolitik chronisch unter Finanzengpässen leidet und somit kaum Spielräume zu Gestaltung hat. Hier müssen die Länder- und der Bund, wenn sie die Auseinandersetzung mit der AfD ernsthaft wollen, die Bürger_innenbeteiligung stärken und die Ergebnisse nicht an mangelnden Finanzen scheitern lassen.

II. Gesellschaftliche Geringschätzung von Menschenrechten und Diversity

In den letzten Jahren haben zahlreiche gesellschaftliche Entwicklungen stattgefunden, die auf mehr Gleichberechtigung und gesellschaftlicher Teilhabe von Minderheiten und diversen Lebensformen ausgerichtet sind. Diesen positiven und die Rechte von Minderheiten stärkenden Entwicklungen stehen gleichbleibend hohe Gruppen von Menschen innerhalb der deutschen Gesellschaft gegenüber, die Minderheitenrechte ablehnen. Für diesen Teil der Gesellschaft werden menschenrechtsorientierte Veränderungen als Bedrohung wahrgenommen. Die AfD nutzt diese Haltungen aus um damit Politik zu machen. Themen wie Ablehnung der Homosexualität, Ausgrenzung von muslimischer Religionsausübung, Ablehnung von Gender-Mainstreaming und die Unterstützung von nationalchauvinistischen Positionen binden diese Gruppen an die AfD.

Was tun?

Die etablierten Parteien haben in den vergangenen Jahren für Minderheitenschutz und Diversity viele Entwicklungen vorangebracht, es aber auf der anderen Seite vernachlässigt, die Notwendigkeit dieser Entscheidungen so zu kommunizieren, dass sie keine Anschlussmöglichkeiten für chauvinistischen, nationalistische oder heterosexistische Positionen bieten. Warum die Mehrheit nicht über die Interessen von Minderheiten entscheiden sollte, ist nicht ausreichend kommuniziert und löst Unverständnis bei vielen Menschen aus. An dieser Stelle ist Kommunikation und gezielte politische Bildung notwendig.

Weiterhin haben politische Entscheider_innen die Aufgabe, eigene Haltungen zu den nationalchauvinistischen, teilweise rassistischen und heterosexistischen Positionen der AfD zu zeigen und damit den Wertehorizont unserer Gesellschaft deutlich zu markieren. Dies sollte unaufgeregt und nachvollziehbar passieren. Es reicht nicht aus die entsprechenden Aussagen der AfD als rassistisch zu bezeichnen, sollten sie rassistisch sein, sondern es müssen Gegenpositionen vermittelt werden.

Die politische Auseinandersetzung mit der AfD muss auch an anderen Programmpunkten als der Frage von Zuwanderung geführt werden, z.B. anhand ihrer Vorstellungen zu Sozialleistungen oder der Arbeitsmarktpolitik in Deutschland. Hierbei müssen andere Parteien eigene Profile entwickeln und damit die Menschen überzeugen.

III. Polarisierung und Tatsachenbehauptungen ohne Widerspruch durch etablierte Parteien

Die Kernstrategie der AfD sind die politische Polarisierung, die Behauptung der Anwalt der kleinen Leute zu sein und das Aufbrechen eines vermeintlichen Schweigekartelles vorzunehmen. Viele der etablierten demokratischen Parteien haben dieser AfD-Strategie derzeit nichts entgegen zu setzen. Die AfD überzeugt die Wähler_innen durch schlichte Tatsachenbehauptungen davon, dass sie sich von einer Konsensorientierung anderer politischer Parteien unterscheidet, die alle für sich beanspruchen Parteien der Mitte zu sein. Der Beweis dafür mit Polarisierung und Behauptungen gelingende Politik zu machen steht freilich aus.

Was tun?

Um Wähler_innen für sich zu mobilisieren oder von anderen politischen Angeboten als denen der AfD zu überzeugen, könnte es ein möglicher Weg sein, die eigenen Forderungen und Programme weniger konsensorientiert und stärker polarisiert vorzutragen. Auch etablierte Parteien benötigen wieder den Mut zu grundlegenden gesellschaftlichen Veränderungen. Oft sind es eben jene Homogenisierungs- und Konsenswünsche innerhalb der Gesellschaft, die im Wunsch nach Ordnung, Mehrheiten und einer Orientierung hin zur Mitte ihre Ausformungen finden, die dafür sorgen, dass Diskussionen entpolitisiert und weniger kontrovers geführt werden. In einer Demokratie könnten aber vor allem der politische Streit und die politische Gegnerschaft (nicht Feindschaft) dafür sorgen, dass Menschen sich wieder für Inhalte interessieren und sich am Wettstreit um die besten Ideen beteiligen. Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe stellte im internationalen Vergleich fest, dass rechtspopulistische Parteien immer dann Erfolge verzeichnen, wenn „zwischen den traditionellen demokratischen Parteien keine deutlichen Unterschiede mehr erkennbar waren.“⁸ Gerade der Drang zur Mitte durch die etablierten politischen Parteien führt demnach zum Aufstieg der Rechtspopulisten. In einem Mitte-Fetisch zur Konsensorientierung und des Dialogs mit allen Beteiligten sieht sie hingegen große Gefahren für die Demokratie. Sie empfiehlt Profilschärfung der politischen Gegner in der klaren Betonung der Unterschiede, denn so Mouffe: „Es wird heute viel von ‚Dialog‘ und ‚Deliberation‘ geredet, aber was bedeuten diese Worte auf dem Gebiet des Politischen, wenn keine echte Wahlmöglichkeit besteht und die Diskussionsteilnehmer sich nicht zwischen klar voneinander abgehobenen Alternativen entscheiden dürfen?“⁹

8 Mouffe, Chantal (2007): Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt/M. S.87.

9 Ebd. S. 10.

Autor_innen

Anna Gorskih (Jg. 1992) studiert Sozialwissenschaften und Philosophie in Leipzig, arbeitet in ihrer Abschlussarbeit u.a. zu Pegida und hat 2015 ein Praktikum im Kulturbüro Sachsen e.V. absolviert.

Michael Nattke (Jg. 1978), Dipl.-Handelslehrer, arbeitet seit 2009 als Fachreferent im Kulturbüro Sachsen e.V. und koordinierte 2014/15 die Bund-Länder-Fachkommission „Auseinandersetzung mit Ideologien der Ungleichwertigkeit“ des Stiftungsverbundes der Heinrich-Böll-Stiftungen.

Grit Hanneforth (Jg. 1964), Kulturwissenschaften &-management M.A., ist seit 2001 Geschäftsführerin des Kulturbüro Sachsen e.V. Der Verein ist der Träger der Mobilen Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus und für Demokratie in Sachsen.

Impressum

Herausgeber: Stefan Schönfelder, Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen
Schützengasse 18, 01067 Dresden

Layout/Satz: Antje Meichsner

Erscheinungsort: www.weiterdenken.de, Weiterdenken –
Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen, Schützengasse 18, 01067 Dresden

Erscheinungsdatum: Februar 2016

ISBN: 978-3-946541-11-0 (nur für dieses pdf)

Weitere E-Books zum Downloaden unter
www.weiterdenken.de/de/publikationen

Copyright:

Das gesamte Dossier und die einzelnen Beiträge stehen unter einer Creative Commons Lizenz (CC BY-NC-ND). Sie dürfen verbreitet, vervielfältigt oder öffentlich zugänglich gemacht werden unter folgenden Bedingungen:

- Namensnennung – Sie müssen den Namen des Autors/ der Autorin und des Rechteinhabers (Heinrich-Böll-Stiftung) sowie die URL des Werks (Direktlink) nennen.
- Keine kommerzielle Nutzung – Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.
- Keine Bearbeitung – Dieses Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert werden.

Abweichungen von diesen Bedingungen bedürfen der Genehmigung des Rechteinhabers:

info@weiterdenken.de

